

Verena Artz

Freiheitsrechte – grenzenlos?

1 Die Freiheit der Person – wie ist es um sie in der Welt bestellt?

„Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“, verkündete die UNO-Vollversammlung im Dezember 1948 (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 3), und 1998 erklärte sie: „Jeder Staat hat eine oberste Verantwortung und Pflicht, alle Menschenrechte und Grundfreiheiten zu schützen, zu fördern und umzusetzen“. Muss man sich also keine Sorgen machen um die „Freiheit der Person“ weltweit?

a) **Welche Freiheitsrechte werden in den Beispielen verletzt**, über die die Fotos, Bildunterschriften (bitte sortieren) und Texte berichten? Ordnen Sie ihnen Artikel aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu (es können auch mehrere sein). **Wer verletzt die Rechte?**

A **Aung San Suu Kyi** setzt sich seit 1988 für eine demokratische Entwicklung in Myanmar ein. Sie wurde mehrfach verhaftet und immer wieder längere Zeit unter Hausarrest gestellt. Den ihr 1991 verliehenen Friedensnobelpreis nahm sie nicht persönlich entgegen, da sie fürchten musste, nicht mehr in ihr Land zurückkehren zu dürfen.

Quelle: ai und wikipedia

B Auch 2004 waren in **Vietnam** Mitglieder nicht zugelassener Glaubensgemeinschaften von Repressionsmaßnahmen in Form von Schikannen, erzwungener Abkehr von ihrem Glauben und Inhaftierung bedroht.

Quelle: ai-Jahresbericht 2005

C In **Guantanamo Bay** halten die USA mutmaßliche Terroristen sowie Gefangene aus dem Afghanistan-Krieg ohne Gerichtsverfahren fest.

D Der iranische Journalist **Akbar Ganji** wurde 2000 festgenommen und zu einer Haftstrafe von sechs Jahren verurteilt, da er die Staatsführung beleidigt haben soll. Ganji hatte in seinen regimiekritischen Artikeln immer wieder radikale Reformen und einen säkularisierten Iran gefordert. Auch berichtete er über die Ermordung von gut 100 kritischen Intellektuellen in den 90er Jahren.

Quelle: ai und Reporter ohne Grenzen

E **Usbekistan, Mai 2005:** Soldaten schossen wahllos auf überwiegend friedliche Demonstranten und töteten hunderte. Die Demonstranten hatten u.a. gegen Armut und Korruption demonstriert.

Quelle: ai

F **Ashraf Ibrahim** wurde im April 2003 von der ägyptischen Polizei festgenommen.

Er wurde u.a. wegen seiner Teilnahme an Demonstrationen gegen den Irak-Krieg verhört und weil er Material aus dem Internet heruntergeladen hatte, darunter Internetseiten von Menschenrechtsorganisationen und dem arabischen Nachrichtensender „al-Jazeera“.

Quelle: ai



Info → **Aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte**

• **Art. 9** Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

• **Art. 13** Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates.

Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich sein eigenes, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.

• **Art. 18** Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit oder privat (...) zu bekunden.

• **Art. 19** Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinung und Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit sich Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu beschaffen, zu empfangen und zu verbreiten.

• **Art. 20** Jeder Mensch hat das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu friedlichen Zwecken.

Quelle: www.uno.de > Menschenrechte

b) Erklärungen allein verhindern nicht, dass Menschenrechte und damit auch Freiheitsrechte missachtet werden; dies zeigen die obigen Beispiele.

Welche Voraussetzungen müssen in einem Land gegeben sein, damit die Freiheitsrechte der Bürger gesichert sind?

Rechts sind einige Stichworte angeführt, aus denen Sie solche Voraussetzungen formulieren können. Fallen Ihnen weitere ein?

Verfassung	unabhängig	stark
Wahlen	Zivilgesellschaft (Bürger)	
freie, geheime, allgemeine	Regierung	
Achtung durch staatliche Behörden einklagbar		
Opposition	Kontrolle	Gericht
Gesetze	Grundrechte der Bürger	
verfassungsmäßig	freie	Medien

Zensur findet nicht statt?

- Weltweit arbeiten Regierungen an Maßnahmen, mit denen Inhalte im Internet reguliert und kontrolliert werden können. Wird damit nicht das in vielen nationalen Verfassungen und den internationalen Menschenrechtserklärungen festgehaltene Recht auf Meinungsfreiheit eingeschränkt?

2 Zensur in Deutschland

„Eine Zensur findet nicht statt“, heißt es in Art. 5 des Grundgesetzes. Doch Deutschland ist als Mitglied des Europarats an einem Abkommen beteiligt, das bestimmte Inhalte im Internet verbieten will. Wie passt das zusammen?

Im November 2002 hat der Europarat ein Zusatzprotokoll zum Cyber-crime-Abkommen (aus dem Jahr 2001) angenommen, das die Verbreitung von rassistischem oder fremdenfeindlichem Material über das Internet verbietet, dazu gehören:

- „alle geschriebenen Inhalte, alle Bilder oder alle anderen Darstellungen von Gedanken und Theorien, die Hass, Diskriminierung oder Gewalttaten gegen Einzelne oder eine Gruppe aufgrund von Rasse, Hautfarbe, nationaler oder ethnischer Abstammung für gut heißen oder dazu anstacheln. Rassismus – so die Parlamentarische Versammlung, die dieses Zusatzprotokoll gefordert hat – ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“

Quelle: *Berichte auf heise-online.de*

James Gattuso von der Heritage Foundation, einer konservativen Denkfabrik, zu den Bestimmungen des Zusatzprotokolls:

- „Es ist gefährlich, wenn Regierungen festlegen, was akzeptable Meinungsäußerungen sind. Man kann die Meinungs- und Redefreiheit nicht beschränken, ohne diese zu gefährden.“

Die Amerikanische Bürgerrechtsunion (ACLU) stimmt dem zu:

- Meinungs- und Redefreiheit sei unteilbar, die aus dem ersten Verfassungszusatz resultierenden Rechte eines Feindes der Bürgerrechte zu verteidigen, bedeute, sie für alle zu verteidigen.

Quelle: *www.pc-world.com*, Januar 2001
und Homepage der ACLU, *www.aclu.org*

- a) **Was möchte der Europarat mit dem Zusatzprotokoll verhindern? Womit begründet er dies?**
b) **Was ist Ihr Fazit:** Soll die Meinungsfreiheit im Internet uneingeschränkt gelten oder halten Sie Einschränkungen, wie die im Zusatzprotokoll vorgesehenen für zulässig? Fallen Ihnen weitere Beispiele für Äußerungen ein, die nicht erlaubt sein sollten? Diskutieren Sie dies in Ihrer Klasse.

3 Kontrolle übers Internet

Menschenrechtsorganisationen wie *amnesty international* oder *Reporter ohne Grenzen* werfen den Regierungen z.B. im Iran oder in China vor, mit ihren Kontrollen über das Internet die Meinungs- und Informationsfreiheit einzuschränken. Aber wieso eigentlich, versuchen denn z.B. die im Europarat vertretenen Länder mit dem Zusatzprotokoll nicht auch, Kontrolle über das Internet auszuüben? Schauen wir genauer.

→ IRAN

Nach einer Studie der OpenNet Initiative (ONI) wurden im Iran im November und Dezember 2004 zwischen 500 und 600 Websites blockiert. Gefiltert wurden Websites mit pornografischen, homosexuellen und politisch heiklen Inhalten sowie mit Anonymisdiensten, und auch solche, die sich mit Frauenrechten befassen. Amnesty international berichtet für diesen Zeitraum, dass zahlreiche Journalisten, v.a. für das Internet schreibende Autoren, im Zusammenhang mit ihrer Arbeit willkürlich festgenommen worden seien. Die Gesetze, aufgrund derer Journalisten festgenommen und inhaftiert wurden, bezogen sich auf Diffamierung, „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“.

Quelle: *heise-online*, Juni 2005 und *ai-Jahresbericht 2005*

→ CHINA

„Chinas Filtersystem fürs Internet ist das am höchsten entwickelte System dieser Art in der Welt“, stellt eine im April erschienene Studie fest. Zahlreiche staatliche Behörden und tausende von öffentlichen und privaten Angestellten sind laut der Studie täglich damit beschäftigt, für eine „saubere Online-Umwelt“ zu sorgen. In ihrem Visier sind Regimekritiker und religiös Verfolgte, aber auch Porno-Webseiten und illegale Lotterien. Ende 2005 lagen *amnesty international* Informationen über mehr als 50 Personen vor, die inhaftiert oder zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, weil sie politisch brisante Informationen über das Internet abgerufen oder verbreitet hatten.

taz vom 15.06.2005 und *ai-Jahresbericht 2005*

- a) **Worauf zielt die Kontrolle der iranischen Behörden, worauf die der chinesischen?** Finden Sie Gemeinsamkeiten?
b) **Vergleichen Sie die beiden Beispiele mit dem Vorhaben des Europarats.** Wo liegen die Unterschiede?
Was ist Ihr Fazit: Gibt es einen Unterschied zwischen dem, was im Iran oder in China geschieht und z.B. dem Vorhaben des Europarats, das auch von Deutschland unterstützt wird?
Worauf kann die Kontrolle des Internets hinauslaufen, wo sollten ihre Grenzen sein?